



**Poloplatz Frohnau**  
Bürger werden weiterhin verladen

2

**Europa-Gedanken**  
Was erwarten Reinickendorfer?

3

## Agenda 2010 muss weg

### 2. und 3. April 2004: Europaweit Aktionen und Demonstrationen gegen die Zerstörung des Sozialstaats

Am 2. und 3. April wird in Europa gegen die Zerstörung des Sozialstaats gestreikt und demonstriert. Dazu rufen der Europäische Gewerkschaftsbund auf, der DGB, ver.di, die IG Metall sowie soziale Foren und Bündnisse.

In Deutschland werden am 2. April örtliche und regionale Aktionen stattfinden und am 3. April drei zentrale Kundgebungen in Berlin, Köln und Stuttgart.

„Die große Koalition in Berlin hat die Agenda 2010 beschlossen. Wir lehnen sie ab. Weitere Verschlechterungen sind bereits angekündigt. Wir wollen und werden sie nicht hinnehmen... Wir wollen die Rücknahme der Agenda 2010, den Sozial-, Bildungs- und Lohnabbau stoppen und nicht ihn sozialverträglich mitgestalten“, heißt es in einem Flugblatt des Berliner Bündnisses gegen Sozial- und Bildungsraub.

Die Demonstration wird sich einsetzen

- für die Senkung des Renteneintrittsalters und bedarfsdeckende Krankenversicherung,
- gegen Lohndumping und Aushöhlung gewerkschaftlicher Rechte,
- für eine angemessene Besteuerung großer Gewinne und Vermögen,
- für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und ein ausreichendes Mindesteinkommen für alle,
- gegen Eliteuniversitäten, für freien Zugang zu Bildung.

Die PDS hat ihre Mitglieder und Freunde aufgerufen, sich in die Protestbewegungen einzubringen.



Die Aktionen in Berlin werden vom Demobüro des Berliner Bündnisses gegen Sozial- und Bildungsraub vorbereitet. Zu erreichen ist das Büro im ver.di Haus, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin, Tel.: 030 8631-2162, Fax: 030 8631-2100, [bbgsb@web.de](mailto:bbgsb@web.de), Öffnungszeiten ab dem 16.2.: Mo + Mi 10-17 Uhr, Di + Do 13-19 Uhr, Fr 10-13 Uhr

### Internationaler Aktionstag für soziale Gerechtigkeit und Frieden am 20. März

Eine andere Welt, ein anderes Europa ist nötig, heißt es im Berliner Aufruf für den Aktionstag gegen Krieg und Besatzung am 20. März. Die Berliner Demonstration soll um 13 Uhr auf dem Potsdamer Platz beginnen und zur Gedächtniskirche führen.

In Übereinstimmung mit dem Europäischen Sozialforum in Paris und dem Weltsozialforum in Mumbai soll die Demonstration sich einsetzen

- gegen eine deutsche Beteili-

gung an der Besatzung des Irak und für den Rückzug aller Besatzungstruppen

- für den Rückzug der israelischen Armee aus den besetzten palästinensischen Gebieten und für einen gerechten Frieden in Nahost,
- für den Rückzug aller deutscher Truppen aus dem Ausland und für ein generelles Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr,
- gegen die Militarisierung der EU, für ein friedliches und soziales Europa.

Zeichnung:  
Klaus Stuttmann

### Schon bei attac unterschrieben?

Mindestens 100 000 Unterschriften gegen den Sozialkahlschlag will attac der Bundesregierung zum 15. März übergeben. Gefordert wird vor allem Verzicht auf die geplante Steuersenkung für Kapitalein-

kommen auf 25 Prozent („Millionäre sollten nicht weniger Steuern zahlen als Arbeitnehmer“) und die vorgesehene Rentenverkürzung. Unterschriftenlisten gibts auch im „Roten Laden“ in der Schloßstraße 22.

[www.attac.de/genuefueralle](http://www.attac.de/genuefueralle)

# Poloplatz Frohnau: Bürger werden weiterhin verladen

WiR sprach mit Wolfram Sternbeck, Sprecher der Bürgerinitiative „Poloplatz für Alle“

*Herr Sternbeck, nach über ein- einhalb Jahren ist die Kastanienallee um den Poloplatz immer noch rechtswidrig gesperrt. Wie fühlen Sie sich?*

Wenn ich ehrlich bin, so fühle ich mich von den verantwortlichen Politikern im Bezirksamt Reinickendorf an der Nase herumgeführt. Ich bin wütend, aber doch kämpferisch.

*An der Nase herumgeführt?*

Zuerst versteckte sich Baustadtrat Herr Wegner hinter seinen Akten und jetzt - nachdem die Reit- und Springschule Frohnau GmbH gegen das Bezirksamt Reinickendorf klagt, obwohl Baustadtrat Wegner immer behauptete, der Bezirk klage gegen die Reit- und Springschule - jetzt versteckt er sich hinter dem federführenden Rechtsamt. Er ging dabei so weit, dass er anfragenden Bezirksverordneten das Aktenzeichen des Gerichtsverfahrens nicht nannte. Dabei ist ein solches Verfahren immer öffentlich, und jeder Bürger kann an den Sitzungen des Gerichts teilnehmen. Herr Wegner schiebt die Verantwortung wohl gern anderen in die Schuhe und steht nicht zu seinen Fehlern.

*Welche Fehler hat Herr Wegner denn gemacht?*

Nachdem die Pächterin des Poloplatzes die Kastanienallee im August 2002 rechtswidrig gesperrt hatte und zur Abschreckung von Spaziergängern einen unakzeptablen Ersatzweg über den Misthaufen hinter seinen Reitställen angelegt hatte, häuften sich die Proteste der Frohnauer. Herr Wegner handelte mit dem Geschäftsführer, Herrn Schriever, einen Kompromiss für die Wegeführung aus und ließ sich noch vor

der Absperrung mit Herrn Schriever fotografieren. Aber wieso war ein Kompromiss nötig, wenn der Baustadtrat sowieso die Sperrung der Kastanienallee nicht genehmigt hatte - oder etwa doch?

Gegenüber Mitgliedern der Bürgerinitiative 'Poloplatz für Alle' hat Herr Wegner sogar diese Genehmigung als mündlichen Verwaltungsakt bestätigt. Nach einem mündlichen Verwaltungsakt muss dieser schriftlich niedergelegt werden. So sieht es das Gesetz vor. Warum ist bei der Überprüfung der Akten darüber nichts gefunden worden?

*Was vermuten Sie, wieso wird das Aktenzeichen des Gerichtsverfahrens geheim gehalten?*

Ohne AZ kann man bei den Amtsgerichten keinen Termin erfahren. Also sollten die Bezirksverordneten und interessierte Bürger wohl nicht erfahren, wer da klagt und um was es geht, ob z.B. um die seit 2002 ausstehenden Pachtzahlungen oder auch um die Öffnung der Kastanienallee.

*Sie sprachen davon, dass Sie frustriert sind?*

Ja, diese Verzögerungs- und Hinhaltenaktik des Baustadtrates ist schon frustrierend. Diese Taktik wird auch noch von der CDU- Fraktion in der BVV und der Bezirksbürgermeisterin Wanjura, trotz ihrer vollmundig angekündigten Unterstützung für die Frohnauer Bürger von Anfang 2003, mitgetragen und unterstützt. Das Verhalten der Politiker zeigt mir nur, dass der normale Bürger für sie nur am Wahltag mündig ist, aber sonst alle ihre Entscheidungen, ob falsch oder richtig, als gegebenes Schicksal hinnehmen soll.

*und dem Maßregelvollzug entlassen wurden. Darin heißt es:*

„...hat sich der Senat im Interesse der öffentlichen Sicherheit dafür entschieden, alles Erforderliche zu tun, um ggf. auftretende, zu Rückfallgefährdungen führende Überforderungen in der Nachentlassungsphase durch die Anbindung dieser Klientel an erfahrene und qualifizierte Fachleute zu verhindern. Zum endgültigen Standort der Ambulanz ist bisher noch keine Aussage getroffen worden. Unabhängig davon sind

## BVV- Splitter

25. Sitzung, 11.2.2004

Die BVV behandelte fünf Große Anfragen (GA). Eine GA der Einzelverordneten Renate Herranen zu den **Auswirkungen von Hartz III und IV für die soziokulturellen Projekte** im Bezirk wurde auf Bitte des Bezirksamtes (BA) bis Juni 2004 zurückgestellt.

Bürgermeisterin Wanjura (CDU) vermittelte in ihrer Antwort auf die GA der SPD-Fraktion nach der **„Wirtschaftsentwicklung in Geschäftsstraßen“** ein positives Bild über die Situation an der Residenzstraße als einer typischen Nahversorgungsmeile in einem dicht besiedelten Kiez mit unterdurchschnittlichem Leerstand.

Jugendstadtrat Senftleben (SPD) lehnte, von der CDU-Fraktion auf **„Aussagenvielfalt zur Kita- Übertragung Bernauer Straße“** befragt, die Verantwortung für das Scheitern des von der BVV beschlossenen, von der CDU-Mehrheit im BA gestoppten Trägerwechsels von zwei Kitas zum 1. Januar ab. Das offizielle Protokoll der BVV verzeichnet zu diesem Tagesordnungspunkt elf Redebeiträge und eine „Sitzungsunterbrechung von 19.40 Uhr bis 20.05 Uhr“ - das beispiellose Eingreifen der Bezirksbürgermeisterin in den Sitzungsverlauf umschreibend, die ihren Stellvertreter mit dem Vorwurf brüskierte, er verletze die Geschäftsordnung, indem er - angeblich - aus Protokollen des BA zitiere.

Die BVV verurteilte auf Empfehlung des Sozialausschusses die **Ab-schaffung der Sozialkarte** und forderte den Senat auf, bei einer Neuregelung darauf zu achten, dass es zu keinen zusätzlichen finanziellen Belastungen und erhöhtem Arbeitsaufwand für die Bezirke (*und für die Betroffenen?*) kommt. **K.G.**

Rückfallängste vor den Personen am wenigsten berechtigt, die sich in einer professionalen Nachentlassungsbehandlung befinden. Das gilt auch und gerade für die künftigen Nachbarn der forensisch-therapeutischen Ambulanz, wo immer diese auch angesiedelt werden wird... Ich würde es begrüßen, wenn Verantwortung tragende Bürger auf verständliche, aber unberechtigte Verunsicherungen der Bevölkerung mit Aufklärung und Sachverstand reagieren würden“.

[www.pds-kommunalpolitik.de](http://www.pds-kommunalpolitik.de)

Das neue kommunalpolitische Internetportal der PDS mit Links zu Fraktionen und Lokalzeitungen der PDS, zu kommunalen Verbänden, zu den Kommunalpolitischen Foren etc., mit Nachrichten aus der PDS-Kommunalpolitik vor Ort und aus der Bundesgeschäftsstelle

Wir dokumentiert

### „Mit Aufklärung und Sachverstand reagieren“

Gesundheitssenatorin Dr. Heidi Knake-Werner (PDS) antwortete am 21.1.2004 auf ein Schreiben von Bürgermeisterin Wanjura zur Frage des Standortes einer forensisch-therapeutischen Ambulanz für Sexual- und Gewaltstraftäter, die mit Behandlungsaufgaben aus dem Justiz-

# Denk ich an Europa in der Nacht...

Am 1. Mai 2004 wird die Europäische Union von 15 auf 25 Staaten erweitert. Künftig leben 450 Millionen Menschen in der EU. Am 13. Juni 2004 sind sie aufgerufen, ein neues Europäisches Parlament zu wählen.

Die PDS hat im Januar ihr Europa-Wahlprogramm beschlossen und ihre Kandidaten gewählt. „Wir wollen vor allem ein Europa des Friedens und der sozialen Sicherheit, ein Europa der Menschen und der Solidarität“, erklärte Parteichef Lothar Bisky. Die PDS bietet den Wählerinnen und Wählern an, den 13. Juni zu einem NEIN zur Agenda 2010 und zu einem JA für solidarische Alternativen in Deutschland und Europa zu machen.

Was erwarten die Reinickendorfer? Sind sie um den Schlaf gebracht, wenn sie an Europa denken?

„WiR“ ist an Ihrer Meinung interessiert.

## Meine Gedanken zu Europa

Es sollte ein einheitliches Ganzes sein. Gemeint sind gleiche Vorschriften und Sanktionen bzgl. der Entwicklungs- und Bildungschancen, unabhängig vom sozialen Stand der Eltern, der Gleichstellung der Geschlechter, der Erhaltung und Pflege der Natur und Umwelt, der Straßenverkehrsordnung und Ahndung gegen Verstöße, des Gesundheitssystems unter Bewahrung der nationalen und regionalen sowie der kulturellen und ethnischen Besonderheiten. Ferner sollten das Recht auf Arbeit, auf Gesundheit und Wohnraum gesetzlich verankert werden.

Da fällt mir noch ein: militärische Präsenz im Ausland nur zur Katastrophenbeseitigung, ansonsten aber Vernichtung aller Angriffswaffen.

*Karl-Heinz Joseph*

## Umsteuern

Es ist wohl wahr, dass sich der soziale Zusammenhalt in der europäischen Union im Gegensatz z.B. zur Wirtschaftspolitik dramatisch abschwächt.

Das Argument, dass eine kräftig wachsende Wirtschaft automatisch zu einem Rückgang der Massenarbeitslosigkeit führen wird, verliert immer mehr an Glaubwürdigkeit. Unter dem Motto „mehr Wettbewerb“ wurden öffentliche Dienste wie z.B. Energieversorgung, Bahn, Post und Telekommunikation privatisiert. Für die Sanierungen der öffentlichen Haushalte werden immer mehr die sozialen Sicherungssysteme sowie im Bereich der Renten und des Gesundheitswesens abgebaut. Auf den Arbeitsmärkten wird nur noch auf längere Lebens-

arbeitszeiten, Niedriglöhne, Lockerung des Kündigungsschutzes und die Schwächung der Gewerkschaften gesetzt.

Das zentrale gesellschaftliche Problem in Europa – anhaltende Massenarbeitslosigkeit, wachsende soziale Ausgrenzung und immer mehr Armut – ist durch diese neoliberalen Politik verschärft worden.

Es ist nun endlich an der Zeit umzusteuern!!! Konsequenterweise muss nun endlich die Arbeitszeit verkürzt, müssen die Überstunden abgebaut werden. Ein neuer europäischer Arbeitszeitstandard ist der richtige Anreiz, um Arbeitsumverteilungen und Neueinstellungen zu befördern. Nicht nur, aber auch deshalb müssen die Beteiligungsrechte europäischer Betriebsräte umfassend ausgebaut werden.

Weiteren Angriffen gegen Flächentarifverträge, Tarifautonomie, Streikrecht, Gewerkschaften und eben auch Betriebsräten muss klar widersprochen werden. Denn dieses sind individuelle und kollektive Grundrechte, die dazu führen könnten, dass auch im Wirtschaftsbereich ein sozialeres und demokratischeres Europa gestaltet werden kann.

*Klaus Rathmann*

## Riki erzählt

Ich bin Jugoslawe. Meine Eltern sind Anfang der 70er Jahre nach Deutschland gekommen. Ich bin in Berlin-Kreuzberg geboren, dort auch zur Schule gegangen. Nach der Lehre als Hotelfachmann habe ich einige Zeit in meinem Beruf gearbeitet. Seit 2001 bin ich arbeitslos. Ich habe viele Freunde unter Deutschen, Jugoslawen und anderen Nationalitäten. Seit 1997 bin ich deutscher Staatsbürger. Ich habe geheiratet; meine Frau ist Kriegsflüchtling aus dem ehemaligen Jugoslawien. Mei-

ne Tochter ist gerade zwei Jahre alt geworden. Sie lernt Deutsch im Kindergarten; zu Hause sprechen wir mit ihr Deutsch und Serbo-Kroatisch.

Für mich ist Europa nichts Theoretisches. Ich will ein Europa, das Grenzen überwindet und Leute, unabhängig von Weltanschauung und Religion, zusammenbringt.

Europa reitet wieder einmal auf dem Stier

Zeichnung:  
Monika Köpp

## Gemeinsamer Wahlkampf

Die PDS Reinickendorf hat in ihrer Mitgliederversammlung im Februar die Aufgaben für den Europawahlkampf erörtert. Sie unterstützt die vom Parteitag beschlossene Wahlliste, die im Wesentlichen die Strömungen und unterschiedlichen politischen Positionen in der Partei und der potentiellen Wählerschaft widerspiegelt. Sie betrachtet das Wahlprogramm als eine gute Grundlage, die spezifischen inhaltlichen Schwerpunkte für den Wahlkampf in Reinickendorf zu bestimmen, und will sich dabei mit den anderen PDS-Bezirksverbänden im Westteil der Stadt abstimmen. Darin wie auch in der solidarischen Zusammenarbeit im Wahlkampf wird eine wichtige Voraussetzung gesehen, der Politikverdrossenheit und Unsicherheit vieler Menschen, aber auch den negativen Wirkungen der PDS-Regierungspolitik in Berlin zu begegnen.

Die PDS Reinickendorf wird sich ab April den Bürgerinnen und Bürgern „auf der Straße“ an den traditionellen Plätzen im Bezirk stellen und zu Begegnungen mit ihren Kandidaten fürs Europaparlament sowie ihren Abgeordneten einladen.

*Jürgen Schimrock*

Für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa!

Wahlprogramm der PDS für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni 2004,

erhältlich im PDS-Europawahlbüro, Kleine Alexanderstr. 28 oder im „Roten Laden“

s. [www.pds-online.de/wahlen/dokumente/europawahlprogramm2004/index.htm](http://www.pds-online.de/wahlen/dokumente/europawahlprogramm2004/index.htm)

# Auf den Punkt gebracht

Zu Besuch bei Klaus Stuttmann, dem Schöpfer des „WIR“-Fuchses

Die Argumente des politischen Aschermittwochs sind bei ihm ein Schlachtfeld mit umgekippten Bierseideln, abgerissenen Teufelschwänzen und anderen Unappetitlichkeiten. – Wer seine Karikaturen aus dem Tagesspiegel oder anderen Zeitungen kennt, weiß, Klaus Stuttmann ist nicht zimperlich mit seinen Mitteln. Und auch sein listiger Reinicke bringt Alltagsprobleme auf den Punkt und gibt dazu dem Blatt eine besondere Note. Macht es unverwechselbar.

Wie kommt man zu dieser Profession? Er erinnert sich, dass er als Zehnjähriger seine Eltern gezeichnet hat und schon sie gerieten ihm zu Karikaturen. Glücklicherweise waren sie darüber keinesfalls beleidigt. Sie ließen ihm jede Freiheit und als sie umzogen, gaben sie die Wände der leeren Wohnung für ihn frei. Mit Genuß nutzte er die großen, freien Räume und malte munter drauf los. Die ersten Politiker, die er karikierte, waren Adenauer und Chruschtschow. Beide dafür bestens geeignet!

Für ihn stand früh fest, er würde Künstler werden. 1968 begann er in Tübingen Kunstgeschichte zu studieren. Doch schon nach zwei Jahren verließ er die dortige Universität und seine beschauliche schwäbische Heimat Echterdingen. Die Neugier zog ihn nach Berlin und er stürzte sich gleich ins Abenteuer Kreuzberg. In einem Abrißhaus lebte er mit weiteren fünf jungen Leuten in einer WG.

Hinterhaus, ganz unten zusammen mit Ratten und Tauben. Kein Sonnenstrahl drang in ihre Räume. Aber er genoß das neue, aufregende Leben und vergaß sogar für einige Zeit das Studieren.

Nach einer kurzen schöpferischen Pause machte er weiter mit Kunstgeschichte und Geschichte, zunächst an der FU, dann an der TU. 1976 schloß er als Magister ab. Sein Institut war von besonderer Art, wohlthuend das soziale Engagement und der freimütige unkonventionelle Umgang miteinander. Nach Beendigung des Studiums gab es zwei Möglichkeiten: die Wissenschaft oder die Karikatur. Er entschied sich für letzteres, denn das war seine Leidenschaft. Aber es war schwer, davon zu leben. Er bot seine Karikaturen kleineren Zeitungen an und übernahm Aufgaben als Gestalter. Das alles entfiel mit der Wende, er stand bei Null. Mühsam beschaffte er sich neue Aufgabenfelder, versuchte es bei der taz, auch beim Eulenspiegel und kam dadurch zur Leipziger Volkszeitung, für die er regelmäßig arbeitet. Inzwischen ist er ständiger Karikaturist beim Tagesspiegel.

Er empfindet sich als Journalist mit dem speziellen Werkzeug des Zeichners. Sein Anliegen ist es, Köpfe in Bewegung zu bringen, aufmerksam zu machen auf Ungerechtigkeiten; Lüge, Selbstsucht und Arroganz anzuklagen. Und dabei vor keiner Autorität halt zu machen.

Merkwürdig ist, dass ausgerechnet sein Religionslehrer, ein ehemaliger Studentenpfarrer, ihn politisch beeinflusst hat. Von ihm erfuhr er, was es mit dem dialektischen Materialismus auf sich hat.

*Elfriede Schroth*

## Am Rande

## Bürgernähe (zweite Lesung)

Wir bleiben beim Thema. Zur Erinnerung: die Reinickendorfer CDU will das Jahr 2004 zum Jahr der Bürgernähe machen. Sehr löblich. Aber wie sagen die Angelsachsen: "The proof of the pudding is the eating."

Ein Beispiel dafür, was die selbsternannte „Reinickendorf-Partei“ unter Bürgernähe versteht, gab ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender Herr Pohl kürzlich im Ausschuss für Naturschutz und Grünplanung der BVV. Da wollte doch eine größere Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern aus Frohnau nähere Erklärungen vom zuständigen Stadtrat Dr. Wegner (auch CDU) nach dessen für sie unbefriedigenden Erklärung in der BVV zum Poloplatz (s. S.2). Lass Dich nicht provozieren! raunte Herr Pohl - für alle hörbar - seinem Parteifreund zu. Und der liess die Fragen an sich abprallen. Später noch einmal Herr Pohl: Ist das hier eine Bürgersprechstunde oder was?

Stimmt, Herr Pohl, was maßt sich das Volk, der böse Lümmel, eigentlich an, den Volksvertretern auf den Mund und auf die Finger zu sehen. Nur sollte die CDU nicht von Bürgernähe schwätzen, wenn sie Fragen nicht mag.

In einer recht ruhigen Minute im selbigen Ausschuss knurrte der Hund einer behinderten Bürgerin im Schlaf. Was mag ihn aufgeregt haben?

*Friedrich Wilhelm*

## Termine

**„PDS entzaubert? Zur Halbzeitbilanz von Rot - Rot in Berlin“** - öffentliche Mitgliederversammlung der PDS Reinickendorf mit Marion Seelig (MdA), stellv. Fraktionsvorsitzende der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, am 14. März um 14.00 Uhr im „Roten Laden“

**„Berliner Haushalt sozial gerecht sanieren - die Forderung der Gewerkschaften nach einer Konsolidierungskonferenz“** - Veranstaltung der AG Betrieb&Gewerkschaft sowie der PDS-Bezirksverbände Reinickendorf und Tempelhof/Schöneberg mit Ulrich Thöne, Landesvorsitzender der GEW, Dr. Stefanie Schulze (MdA), PDS-Fraktion, u.a. am 11. März um 19.00 Uhr im Rathaus Schöneberg, Raum 0170



**Impressum**  
Herausgegeben vom Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

**Wir in Reinickendorf** wird vom Bezirksverband finanziert.

**Spenden** sind ausdrücklich erwünscht: PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

### Hier finden Sie uns:



### Roter Laden

Schloßstraße 22  
13507 Berlin-Tegel.

Öffnungszeiten:  
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr

Tel.: 4373 2630

Fax: 4373 2632

e-mail:  
info@pds-reinickendorf.de

internet:  
www.pds-reinickendorf.de